

Rechenschaftsbericht des Landesvorstandes

zur Vorlage auf der Landesdelegiertenkonferenz am 3. Dezember 2005

Wahlperiode 2003-2005

Zur Ausgangslage

Unsere Amtszeit ist geprägt worden durch schnelllebige politische Stimmungen und sich wandelnde politische Verhältnisse. Die vorgezogene Bundestagswahl ist dafür nur ein Beispiel.

In Brandenburg stand der fast komplett neu gewählte Vorstand vor der Aufgabe, seine Arbeit zu organisieren und die politische Verortung zu beginnen. Wir hatten uns vorgenommen, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Brandenburg bekannter zu machen und 2004 wieder in den Landtag zu führen. Mit einer Landtagsfraktion im Rücken wollten wir dann die organisatorischen Strukturen der Brandenburger Bündnisgrünen stärken, die inhaltliche Arbeit mit Schwerpunkten strukturieren und dabei alle Ebenen mit einbeziehen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatten zu Beginn unserer Amtszeit im Bund große Popularitätswerte, in Brandenburg litten wir unter einer schwachen öffentlichen Wahrnehmung.

Die überraschende Neuwahl zum Bundestag stoppte ab Mai 2005 die Umsetzung der inhaltlichen Schwerpunkte (Demokratie und Kampf gegen Rechtsextremismus, 'Weg vom Öl' und Bildungs-, Familien- und Jugendpolitik) sowie der Strukturreformen und unserer Vorstellungen zum Parteaufbau. Hier muss der neue Vorstand mit einem guten Bundestagswahlergebnis im Rücken weiterarbeiten.

Die seit einiger Zeit zu beobachtenden Schwankungen in der politischen Stimmung deuten auf eine weitgehende Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger hin. Das Vertrauen in die Politik schwindet und viele Menschen glauben nicht an die Lösung der Probleme durch politische Parteien. In einer solchen Lage ist es wichtig, dass wir Brandenburger Bündnisgrüne in den nächsten Jahren eine stabile und verlässliche politische Orientierung geben.

Die Landtagswahl

Vieles deutete in Brandenburg darauf hin, dass die Menschen den von der großen Koalition verordneten Stillstand satt hatten und eine neue politische Kraft im Landtag haben wollen. Die Aufbruchstimmung war bis in weite Teile der Partei hinein und auch bei den Medien zu spüren. Wir alle waren uns sicher, dass die Chancen in den Landtag einzuziehen noch nie so gut waren

und sind mit großem Spaß, mit Elan und persönlichem Einsatz an diese Aufgabe herangegangen.

Schon frühzeitig haben wir dabei die Zusammenarbeit mit den Berlinern Freundinnen und Freunden gesucht. Die anstehende Fusion von Berlin und Brandenburg war für uns ein wichtiges Thema und unsere Positionierung ein Alleinstellungsmerkmal. Alle anderen Parteien haben sich offensichtlich nicht getraut, dieses für Brandenburg wichtige Zukunftsthema offensiv zu vertreten. Auch bei unseren Mitgliedern waren viele der Meinung, dass dies kein Thema sei, mit dem wir Wahlkampf machen können. Mit zwei Workshops zum Thema Länderfusion in den Kreisverbänden haben wir für die Fusion geworben und ausführlich mit euch diskutiert. Eine Arbeitsgruppe von Mitgliedern aus Berlin und aus Brandenburg hat einen Verfassungsentwurf für ein gemeinsames Bundesland vorgelegt, der in den Medien auf große Resonanz gestoßen ist. Mit der Verabschiedung des Landtagswahlprogrammes haben sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit großer Mehrheit für die Fusion ausgesprochen.

Bei der Listenaufstellung für die Landtagswahl haben wir uns zunächst mit unserer Wahlordnung ein Eigentor geschossen, das die grundsätzlich positive Stimmung jedoch nur vorübergehend trüben konnte. Mit Cornelia Behm und Wolfgang Wieland hatten wir zwei SpitzenkandidatInnen, die uns in einen engagierten, medienwirksamen und auch in der Öffentlichkeit gut wahrnehmbaren Wahlkampf geführt hatten. Trotz erster Verunsicherung vieler Bürgerinnen und Bürger durch die Hartz-Gesetze blieben unsere Umfragewerte stabil.

Im Juni 2004 erhielten wir bei der Europawahl in Brandenburg ein außerordentlich gutes Ergebnis. Aber bei aller Freude war uns klar, dass aufgrund der schlechten Wahlbeteiligung die Anzahl der erreichten Stimmen für einen Sieg bei der Landtagswahl nicht ausreichen würde.

Die Auseinandersetzung mit den Hartz-Gesetzen beherrschte zunehmend den Wahlkampf und es wurde immer schwieriger, mit unseren originären Themen Ökologie & Ökonomie, Bildung und Demokratie durchzudringen. Unsere größte Sorge war jedoch schon seit Beginn des Landtagswahlkampfes unser fehlendes Funktionsargument, das uns in der Endphase dann auch den Einzug in den Landtag gekostet hat. Alles spitzte sich auf die Frage zu, wer künftig Ministerpräsident/in im Land Brandenburg werden würde, Matthias Platzeck oder Dagmar Enkelmann. In dieser Situation ist es uns am Ende nicht mehr gelungen, trotz guter Aufstellung, guter Spitzen- und DirektkandidatInnen, hervorragendem Wahlprogramm und großem Engagement vieler Mitglieder eine inhaltliche Auseinandersetzung über die Zukunft Brandenburgs zu führen. Wir haben keine griffige Antwort auf die Frage gefunden, warum uns die Menschen in einer solchen Situation wählen sollten. Das zahlenmäßige Ergebnis der Landtagswahl war trotz Verdop-

pelung der absoluten Stimmen enttäuschend, aber es hat uns keineswegs entmutigt. Ganz im Gegenteil:

Wir hatten mit der Landtagswahl einen stabilen Grundstock in der Bevölkerung, bei den Medien und Verbänden gelegt: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurden wieder zu einer ernstgenommenen politischen Kraft. Der Landesvorstand hatte sich für die Partei insgesamt und auch für seine eigene Arbeit das Ziel gesetzt, das Niveau an programmatischer Stärke, politischer Geschlossenheit und Professionalität zu halten. Die Ergebnisse der vorgezogenen Bundestagswahlen haben bestätigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind und uns als einzigem ostdeutschen Bundesland eine 5 vor dem Komma beschert. Wir sehen dieses Ergebnis aber nicht als Ruhekitzel, sondern als Ansporn, dass – entgegen anderslautenden Prognosen – auch Brandenburg ein Land ist, in dem bündnisgrüne Politik ihren Platz hat und gebraucht wird.

Einige Kennziffern unserer Arbeit

Politische Arbeit muss sich auch messen lassen an klaren und nachvollziehbaren Daten, an denen ablesbar ist, wie weit die selbst gesetzten Ziele erreicht wurden.

Wahlen im Vergleich

Wahlen	Stimmen	Prozent
Europawahl 1999	20.160	3,3
Europawahl 2004	43.725	7,8
Landtagswahl 1999	21.410	1,9
Landtagswahl 2004	42.091	3,6
Bundestagswahl 2002	68.765	4,5
Bundestagswahl 2005	80.253	5,1

Im Vergleich zu allen vorhergehenden Wahlen konnten wir deutlich an Stimmen zulegen. Sensationell war das Ergebnis zur Europawahl 2004, nicht minder erfreut waren wir über das Bundestagswahlergebnis vom September diesen Jahres. Trotz starker PDS und kurzem Wahlkampf konnten wir unser Ergebnis auf über 5 Prozent verbessern.

Mitgliederentwicklung:

Die Zahl der Mitglieder des Landesverbandes stieg im Zeitraum November 2003 bis November 2005 um 10,2 Prozent.

Monat	Anzahl der Mitglieder
November 2003	575
Juni 2004	598
Dezember 2004	621
November 2005	634

Finanzielle Lage/Grünes Haus

Die angespannte finanzielle Lage des Landesverbandes hat die politische Arbeit seit Jahren eingeschränkt. Ein wesentlicher Grund dafür war das im Jahre 1998 gekaufte Grüne Haus. Dennoch hatte sich die Landespartei nach ausführlicher Diskussion und Abwägung für die Sanierung des Grünen Hauses entschieden. Auf der Grundlage dieses Beschlusses haben wir zu Beginn unserer Amtszeit Angebote für die Sanierung von zwei weiteren Architekten eingeholt. Das Ausmaß der zu erwartenden Kosten in Höhe von ca. 350.000 Euro, die gegenüber der alten Planung Mehrausgaben in Höhe von 160.000 Euro bedeutet hätten, hat uns jedoch bewogen, den Delegierten der LDK im April 2004 erneut den Verkauf des Grünen Hauses zu empfehlen. Dieser Empfehlung seid ihr gefolgt. Der Verkauf gestaltete sich jedoch weit schwieriger als erwartet und hat uns praktisch während der gesamten Amtszeit begleitet. Inzwischen konnte das Haus für 250.000 Euro verkauft werden. Wir sind davon überzeugt, dass damit ein wesentlicher Grundstein für die Konsolidierung der Landesfinanzen gelegt ist und der Landesverband zukünftig einen größeren Handlungsspielraum haben wird.

Gekoppelt an die Entscheidungen zum Grünen Hauses musste die Landesgeschäftsstelle im Verlauf unserer Amtszeit zweimal umziehen. Zunächst zogen wir im April 2004 befristet ins Haus der Begegnung in der Gutenbergstraße. Geplant war zu diesem Zeitpunkt noch ein Rückumzug ins neu sanierte Grüne Haus als Mieterin. Aber manchmal entwickelt sich nicht alles so wie gedacht... In der Jägerstraße 18 haben wir dann ab Dezember 2004 schöne neue Räume gefunden, in denen wir länger bleiben können.

Daneben standen die Parteifinanzen ganz im Zeichen der Wahlkämpfe. Die Wahlkampfbudgets konnten weitgehend eingehalten werden und die guten Wahlergebnisse sowohl im Europa-, im Landtags- und im Bundestagswahlkampf sichern und verbessern für die kommenden Jahre die

staatliche Grundfinanzierung. Die Rücklagen für die kommenden Wahlkämpfe können planmäßig erfolgen. Dank der guten Arbeit unseres Landesschatzmeisters wurden aber nicht nur die Wahletats, sondern auch die regulären Haushalte eingehalten.

Veranstaltungen

LDK Neuruppin 3/2004	Verabschiedung des Landtagswahlprogrammes Umfangreiche Satzungsüberarbeitung Teilnahme an der Kundgebung gegen das Bombodrom
LDK Potsdam 4/2004	Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl Wahl von DirektkandidatInnen Auftakt Europawahlkampf
LDK Königs-Wusterhausen 11/2004	Nachwahlen zum Landesvorstand Resolution gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit Verabschiedung des Haushalts 2005 Einrichtung einer Strukturkommission Standortsicherung für Friedrich-Loeffler-Institut Errichtung eines Deserteursdenkmals in Halbe Hochwasserschutzgesetz
LDK Potsdam 6/2005	Diskussion Bundestagswahlprogramm Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl Nachtragshaushalt 2005
LSR Potsdam 1/2004	Cornelia Behm und Wolfgang Wieland bewerben sich um die Spitzenplätze zur Landtagswahl Vorstellung der Wahlkampfstrategie
LSR Berlin 6/2004	Diskussion Kurzwahlprogramm Vorstellung der Wahlkampagne durch die Agentur Bericht der Verfassungs-AG
LSR Potsdam 8/2004	Auftakt Heiße Phase Wahlkampf, u.a. mit Reinhard Bütikofer
LSR Potsdam 10/2004	Auswertung Landtagswahlkampf und –ergebnis Politische Wertung Koalitionsvertrag
LSR Potsdam 5/2005	Einsatz gegen Rechtsextremismus Vorstellung der Ergebnisse der Strukturkommission
KV-Treffen Potsdam 2/2005	Politische Schwerpunkte im LV

	Einsatz gegen Rechtsextremismus; Hartz IV
KV-Treffen Berlin 6/2005	Einstimmung Bundestagswahlkampf (mit Fritz Kuhn) Resümee bündnisgrüner Regierungsbeteiligung
KV-Treffen Berlin 9/2005	Auswertung Bundestagswahlkampf
Open Space Potsdam 1/2005	Ca. 100 TeilnehmerInnen haben über verschiedene Themen in Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit Brandenburgs diskutiert
Politischer Aschermittwoch 2004 und 2005	
Zahlreiche Wahlkampfveranstaltungen	Mit bis zu 700 TeilnehmerInnen
Schulung 6/2005	Einführung in die Pressearbeit
LAG-Treffen Berlin 1/2004	Diskussion des Entwurfes Landtagswahlprogramm Vorbereitung des Wahlkampfes
DirektkandidatInnenschulungen zur Landtags- und zur Bundestagswahl	

Pressearbeit

Bei der Pressearbeit haben die Landesvorsitzenden mit Beginn des Landtagswahlkampfes 2004 tägliche Telefonkonferenzen (TK) zwischen Pressestelle, Landesvorsitzenden und den SpitzenkandidatInnen eingeführt, die dem Informationsaustausch über die tagespolitische Lage und deren Bewertung im Hinblick auf die Pressearbeit dienen. Aufgrund der guten Erfahrung mit der täglichen TK wurde auch nach der Landtagswahl daran festgehalten. Der TeilnehmerInnenkreis besteht seitdem in der Regel aus den Landesvorsitzenden, der Pressestelle und den MitarbeiterInnen der Büros Cornelia Behm und Elisabeth Schroedter. In der Pressearbeit der Landesvorsitzenden spiegelt sich die politische Schwerpunktsetzung des Landesverbandes wieder – Ökologie & Arbeitsmarkt, Bildung & Kinder und Jugend sowie Demokratie & Bürgerrechte. Tagespolitisch relevante Themen wurden aktuell kommentiert. Dabei boten das Landtagswahlprogramm und die fachliche Arbeit unserer beiden Abgeordneten einen guten Rückhalt. Dank konstanter Pressearbeit konnte eine kontinuierliche Präsenz in den Landesmedien erreicht werden, die es im Landesverband bis dahin so noch nicht gegeben hat. Sie ist in 15 Pressespiegeln dokumentiert.

2003	96 Pressemitteilungen
------	-----------------------

2004	mehr als 170 Pressemitteilungen
2005	139 Pressemitteilungen bis 30.11.05

Landesvorstand

Der Landesvorstand hat sich in der Regel 14-tägig zu Landesvorstandssitzungen getroffen. Daneben fanden mehrere eintägige Vorstandsklausuren statt, auf denen wir über die anstehenden Aufgaben und vor allem über die strategische Ausrichtung unserer Arbeit diskutierten. Durch den Rücktritt unserer Sprecherin Marianne Gehrke im April 2004 und die Nachwahlen zum Landesvorstand im November 2004 war wiederkehrend die Arbeitsteilung im Landesvorstand ein Thema, wobei einzelne Mitglieder des Landesvorstands jeweils für einzelne Kreisverbände, für einzelne Fachgebiete und Landesarbeitsgemeinschaften zuständig waren. Im November 2004 wählte die LDK nach einer Satzungsänderung mit Claudia Brade erstmals eine frauenpolitische Sprecherin. Gleichzeitig waren wir nach der Wahl von Katharina Doyé und Susanne Brase in den Landesvorstand mit 9 Landesvorstandsmitgliedern erstmals vollzählig. Katrin Schröder übernahm das verwaiste Amt der Landesvorsitzenden.

Zur Abstimmung mit unseren Berliner Freundinnen und Freunden fanden ebenfalls regelmäßige gemeinsame Sitzungen mit dem Berliner Landesvorstand statt, die Abstimmung mit den anderen Ost-Landesvorständen lief über wöchentliche Telefonkonferenzen und Treffen auch mit der AG Ost der Bundestagsfraktion.

Während der Wahlkämpfe wurde die aktuelle politische Arbeit von gesondert eingerichteten Wahlkampfkommissionen übernommen, die aus SpitzenkandidatInnen, Landesvorsitzenden, Teilen des Landesvorstands und der Geschäftsstelle gebildet wurden.

Parteiaufbau

Nach der Landtagswahl sollte die Stärkung der Partei durch die bessere Einbeziehung und inhaltliche Vernetzung der Mitglieder, durch Gewinnung von neuen Mitgliedern, durch Schulungen und Verstärkung der dezentralen Arbeit, durch stärkere Einbeziehung und Neuausrichtung der Landesarbeitsgemeinschaften sowie durch inhaltlich bestimmte Fachkongresse angegangen werden. Erste Schritte dazu waren der Open Space im Januar 2005 und die Einsetzung der Strukturkommission.

Die inhaltliche Schwerpunktsetzung, die wir 2004 für die Jahre 2005/2006 vergenommen hatten, war von dem Gedanken bestimmt, die Themen so zu wählen, dass sie auf allen Ebenen,

also auf Landes-, Kreis- und kommunaler Ebene von praktischer Relevanz waren. Sie sollten so die Klammer dieser oft unverbunden agierenden Ebenen bilden. Zugleich sollte die horizontale Vernetzung zwischen den Kreis- und Ortsverbänden gestärkt werden, nicht nur wegen der Synergieeffekte, sondern auch um die Vereinzelung und Überlastung Einzelner zu mindern. Dieses Konzept konnten wir erst in Ansätzen verwirklichen.

Nachwuchsförderung

Der Bundesvorstand hat Ende Januar ein Nachwuchsförderprogramm gestartet, das nach 2 Sitzungen durch den Bundestagswahlkampf unterbrochen wurde und erst demnächst wieder aufgenommen wird. Für unseren Landesverband waren Katrin Schröder, Christian Goetjes und Marie Luise von Halem für das Programm verantwortlich. Katrin Schröder hat als Landesvorsitzende außerdem das Traineeprogramm des BuVo unterstützt. Sie hat als Trainerin Kristin Kegel, politische Geschäftsführerin der Grünen Jugend Brandenburg, seit dem 1. März 2005 begleitet. Kristin hat als Trainee verschiedene Workshops und Gremiensitzungen besucht, den Bundestag als Praktikantin kennengelernt und selbst eine Jugendkonferenz mit den inhaltlichen Schwerpunkten: Partizipation und Bildung geplant und durchgeführt. Die Programmwerkstatt für Jugendliche mit dem Thema: "Unser Programm für Brandenburg - Junge Ideen für ein Brandenburg mit Zukunft" fand am 26.11.2005 statt.

Inhaltliche Arbeit

Die Schwerpunktthemen für die inhaltliche Arbeit sahen wir in den Bereichen 'Demokratie und Kampf gegen Rechtsextremismus', Energiepolitik ('Weg vom Öl') und Bildung/Jugend/Familie. Weitere wichtige Themen sollten die regionale Entwicklung Brandenburgs, die demographische Entwicklung, die Wirtschaftsförderung und die Sozial- und Wirtschaftspolitik sein.

Als erstes und brennendstes Thema haben wir die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus angepackt, uns mit den Akteuren auf Landesebene zusammengesetzt und Konzepte für die Umsetzung auf regionaler und kommunaler Ebene entwickelt. Die vorgezogene Bundestagswahl hat diesen Prozess unterbrochen – wir haben mit seiner Weiterführung begonnen und in Potsdam wie in Halbe mit dazu beigetragen, den öffentlichen Raum nicht den Rechtsextremen zu überlassen.

Unterstützt durch die Landesarbeitsgemeinschaft Bildung hat der Vorstand sich aktiv mit der Bildungspolitik der Großen Koalition auseinandergesetzt und die halbherzigen und oft genug rückwärtsgewandten Entscheidungen der Landesregierung kritisiert. Gerade auf dem Gebiet der Bildungspolitik wurde deutlich, dass die im Bildungsbereich unterschiedlichen Grundströmungen von SPD und CDU sich gegenseitig blockierten oder zu faulen Kompromissen führten. Die Ein-

führung von Kopfnoten, die Fortführung sogenannter Schnellläuferklassen, ständig zusätzliche Stellenstreichungen als Beitrag der Bildung zur Haushaltskonsolidierung – all dies ist auch unter dem neuen Minister Rupprecht nicht wirklich anders. Wie eine grüne Reformperspektive könnte, hat die Landesarbeitsgemeinschaft, unterstützt durch den Vorstand, vor drei Wochen auf einer PISA-Tagung in Potsdam dargestellt. Vor dem Hintergrund einer neuen umfassenden Schulgesetznovelle die die Landesregierung derzeit vorbereitet, wird auch der neue Vorstand dem Bildungsthema große Aufmerksamkeit widmen müssen.

Kooperation mit Verbänden etc.

Die Kooperation mit Verbänden, Organisationen und Bürgerinitiativen hat sich gut, aber noch nicht ausreichend entwickelt. Dazu zählt die Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung und der Grün-Bürgerbewegten Kommunalpolitik e.V. (GBK), mit dem Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt und lokalen Initiativen, Kontakte mit dem mobilen Beratungsteam und der Polizei, die Zusammenarbeit mit Kirchen und Gewerkschaften, Naturschutzverbänden etc. Wir haben uns mit anderen Organisationen um das Bleiberecht und die Betreuung von Asylsuchenden gekümmert. Die Zusammenarbeit mit dem Frauenpolitischen Rat Brandenburg war sehr intensiv und gemeinsam mit anderen Landespolitikerinnen aus SPD, FDP, PDS und CDU haben wir die parteiübergreifende Initiative FraP (FrauenPolitikerinnen) ins Leben gerufen. Wir werden regelmäßig zu Veranstaltungen von Handelskammern, Wirtschaftsverbänden, Kulturvereinigungen und selbst vom Bund deutscher Kriminalbeamter eingeladen. Wir sind – trotz unserer fehlenden parlamentarischen Präsenz auf Landesbene – ein anerkannter Gesprächspartner und - gerade weil wir nicht im Landtag sind – auf diese Form der Zusammenarbeit besonders angewiesen.

Trotz der guten Entwicklung auf diesem Feld bleibt noch viel zu tun. Ein ehrenamtlich tätiger Vorstand hat Mühe, mehrfach in der Woche Einladungen wahrzunehmen, die häufig mit zeitintensiver inhaltlicher Vorbereitung verbunden sind. Der neue Landesvorstand sollte versuchen, durch Schwerpunktsetzung und Einbeziehung der Landesarbeitsgemeinschaften diese Last besser als bisher zu verteilen.

Als ehrenamtlicher Vorstand sind wir immer dankbar gewesen für die vielfältige Unterstützung, die wir während unserer Amtsperiode erhalten haben. Auch an dieser Stelle möchten wir abschließend nochmal ausdrücklich den vielen Mitgliedern und SympathisantInnen danken, die uns in den letzten Jahren hilfreich zur Seite gestanden haben, sei es durch inhaltliche Zuarbeit, durch tatkräftige Unterstützung während der Wahlkämpfe oder in welcher Form auch immer. Ohne euch hätten wir weder so effektiv arbeiten können noch hätte uns diese Zeit so viel Spaß gemacht. Ein grünes Dankeschön an euch alle!